

Zur strukturierenden Gewalt öffentlicher Güter

Kritische Anmerkungen zur Privatisierungsdiskussion

In einer Zeit, in der immer mehr öffentliche Güter von Privatisierung bedroht sind, mag es auf den ersten Blick eigenartig erscheinen, sich mit der strukturierenden Gewalt öffentlicher Güter kritisch auseinanderzusetzen.¹ Steht nicht ihre (fast schon bedingungslose) Verteidigung an? Wenn marktradikale Kräfte vertreten, dass Markt und Wettbewerb die Leistungen der ›öffentlichen Daseinsvorsorge‹ kostengünstiger, effizienter und effektiver bereitstellen könnten, dann stützen sie sich auf ein bestimmtes Leitbild ab. Ein Leitbild, das sich an einem Individuum orientiert, das weitgehend aus gesellschaftlichen Abhängigkeiten losgelöst und mit ausreichend Kapital ausgestattet ist. Ein Individuum, das die Schule für den Nachwuchs oder die zukünftige Altersresidenz ähnlich auswählt, wie es einen neuen Wagen kauft oder Urlaub bucht. Die marktradikale Politik der Privatisierung schneidet all jene von den Daseinsbedingungen ab, die diesem Leitbild nicht entsprechen.

Aber auch in die Konzeption der öffentlichen Güter und ihrer Struktur, wie sie vorgefunden wird, ist eine ganz bestimmte Vorstellung von gesellschaftlichem Dasein eingeschrieben. Und nicht nur das: Die Struktur öffentlicher Güter strukturiert wiederum das gesellschaftliche Dasein – also auch jede einzelne Person. Deshalb kann es nicht einfach darum gehen, Angriffe, mit denen wir in Gestalt der Privatisierung konfrontiert werden, abzuwehren oder die Ausweitung staatlichen Eigentums einzufordern, als seien Staat und staatliches Eigentum der Inbegriff menschlicher Vergesellschaftung. Die linke Diskussion und Auseinandersetzung mit der Politik der Privatisierung darf die Frage der Emanzipation des Menschen, seiner Befreiung aus Abhängigkeit nicht aus dem Auge verlieren. Im Beitrag ›Was ist und welchen Zweck hat Privatisierung‹, erschienen in der Zeitschrift *analyse & kritik* Nr. 507, nennt Torsten Bultmann die beiden entscheidenden Kriterien, die die öffentlichen Güter von Marktgütern unterscheiden: das Prinzip der Nicht-Rivalität im Konsum und das Prinzip der Nicht-Ausschliessbarkeit.² Dieser Beitrag hier bringt einen anderen Unterschied zur Sprache. Der Kauf einer Ware ist zunächst ein ökonomischer Akt zum Zweck des Konsums. Ob und was man kauft – oder eben nicht –

Christiane Schneider
ist Soziologin und Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg der neuen Partei ›Die Linke‹.

hängt vor allem von zweierlei Dingen ab: vom verfügbaren Einkommen und in den damit gesetzten Grenzen vom Geschmack und den Vorlieben, die man ausgeprägt hat. Dabei sind noch weitere Einschränkungen zu machen. Eine ergibt sich aus den ausführlichen Untersuchungen Pierre Bourdieus, der nachgewiesen hat, dass der Kauf einer Ware keineswegs nur ein ökonomischer Akt ist.³ Vielmehr übernimmt der Konsum auch die Funktion von »Signalements«, wie er es nennt – von Personenbeschreibungen, also Stilmerkmalen und Stilisierungen. Marktgüter fungieren damit vielfach als Symbole der (sozialen) Zugehörigkeit und Unterscheidung, so etwa beim Kauf von Kleidung, aber auch von Autos. Es ist klar, wer sozial gemeint ist, wenn von Manta-Fahrern die Rede ist.

Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die These Bourdieus, dass scheinbar individuelle Kauf- beziehungsweise Konsumententscheidungen ein Ausdruck von sozialen Lagen und der durch sie bedingten Lebensstile sind. In den 1960er-Jahren kamen im Zusammenhang mit der Jugendbewegung Jeans als ›Einheitskleidung‹ für Männer und Frauen in Mode. Hintergrund waren beträchtliche Änderungen der sozialen Struktur ab Beginn der 1960er-Jahre.⁴ In einer Zeit, in der es in Mädchenschulen noch oft verboten war, überhaupt Hosen zu tragen, symbolisierten Jeans die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Strömung, die sich gegen die starre soziale Hierarchie wie auch gegen das traditionelle Geschlechterverhältnis auflehnte. Und noch eine Einschränkung der Aussage kann gemacht werden, wonach der Konsum vom Einkommen und von persönlichen Vorlieben bestimmt wird: sie betrifft die Kritik, die unter dem Stichwort ›Konsumterror‹ geübt wird. Gemeint sind unter anderem die Werbestrategien, die Menschen dazu bringen, Waren zu kaufen, die sie in Wirklichkeit gar nicht brauchen.⁵

Aber trotz dieser durchaus erheblichen Einschränkungen bestehen im Konkreten nahezu immer Wahlmöglichkeiten. Das ist dagegen bei öffentlichen Gütern und Dienstleistungen nicht der Fall. Ein Beispiel: Ende des Jahres 2005 meldete der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dass die Zahl der ›Schulverweigerer‹ inzwischen bei 300'000 liege. 10 Prozent der Jugendlichen eines Jahrganges verliessen die Schule ohne Abschluss. Ohne die Bedeutung unterschiedlich gelagerter Ursachen zu leugnen, lässt sich sagen, dass die wesentliche Ursache dafür in den Erfahrungen liegt, die die jungen Menschen mit der Schule machen. Nicht diese oder jene Schule versagt, sondern das Schulsystem, das eine solche Zahl von ›Verweigerern‹ hervorbringt. Man könnte sagen, dass die Kinder und Jugendlichen mit der öffentlichen Institution Schule zutiefst ›unzufrieden‹ sind. Aber diese massenhaft durch Verweigerung doku-

mentierte ›Unzufriedenheit‹ wirkt auf das Schulsystem nicht zurück. Die jungen Menschen, die in der Schule und dem Schulsystem nicht zu recht kommen, haben keine Wahl. Es lässt sich somit die These formulieren, dass das Angebot der öffentlichen Güter für die Individuen nicht nur als schicksalhaft, unausweichlich erscheint, sondern dies zunächst auch tatsächlich ist. Sie können, anders als auf dem Markt, nicht ausweichen – gerade dann nicht, wenn sie auf bestimmte Leistungen angewiesen sind. Um auf die öffentlichen Güter und ihre Struktur Einfluss zu nehmen, sind Reflexionsprozesse und politischer Kampf nötig.

Öffentliche Güter als gesellschaftliche Praxis

Der Zwang, der vom Markt ausgeht, ist gross. Aber er ist nicht mit der Härte zu vergleichen, mit der die Struktur der öffentlichen Güter auf die Lebensprozesse wirkt. Die härtesten Wirkungen liegen nicht unbedingt offen zutage, weil sie als besonders schicksalhaft, also unausweichlich erscheinen. Das soll anhand von zwei Gesichtspunkten ausgeführt werden.

Die im 19. Jahrhundert entstandene moderne Stadtplanung mit all ihren Facetten – neues Boden- und Baurecht, Baupolizei, Gesetze zur öffentlichen Gesundheit, Kanalisation, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Anlage von Strassen, Plätzen und öffentlichen Grünanlagen, Raumordnungskonzepte, Entwicklung neuartiger Verkehrssysteme, Kasernenbau – beförderte rasant die Herausbildung einer Lebensweise, die durch die Trennung von Arbeit und Wohnen und vor allem durch die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit geprägt ist. Diese Trennung strukturiert in hohem Masse das Leben der Menschen. Deren gesellschaftliche Praxis reproduziert diese Trennung. So setzte sich im Zuge der Trennung von Öffentlichem und Privatem die Kleinfamilie durch, die den Kern der Privatsphäre der bürgerlichen Gesellschaft bildet. Es gab auch Gegenentwürfe: Der Frühsozialist Charles Fourier etwa entwarf als kleinste Form zukünftiger Gesellschaft die so genannte Phalanstère, einen genossenschaftlich organisierten Palast, der in einem Teil Einrichtungen wie Beratungssäle, Bibliotheken, Lesesäle, Börse, Spielsäle, in einem anderen Werkstätten, in einem dritten eine Karawanserei und Orte für Treffen mit Fremden usw. beherbergte. Dieser Gegenentwurf setzte sich nicht durch, auch wenn die Phalanstère kein reines Luftschloss blieb, sondern Mitte des 19. Jahrhunderts in der vom Unternehmer Jean-Baptiste André Godin errichteten Familistère Gestalt annahm, die Wohnen und Arbeiten, Kindergärten, Bildungseinrichtungen, öffentliche Bäder, Restaurants, Kultureinrichtungen und Wirtschaftsgebäude in einem einzigen Komplex vereinte. Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit ist tatsächlich alles andere als schicksalhaft und unausweichlich. Sie

ist das historische Resultat einer gesellschaftlichen Praxis, sie manifestiert sich in der Struktur der Städte, der öffentlichen Güter und Einrichtungen. Und sie strukturiert ihrerseits die gesellschaftliche Praxis.

Der zweite Gesichtspunkt zielt auf den disziplinierenden Charakter ab, der in die öffentlichen Einrichtungen eingeschrieben ist. Die Herausbildung der Disziplinarmächte im Zusammenhang mit der Zerlegung des Produktionsprozesses und der Geburt der Grossindustrie ist von Michel Foucault herausgearbeitet worden.⁶ Neben den Fabriken mit ihrem strengen Regime entsteht ein ganzes System von öffentlichen Institutionen – vor allem Gefängnis, Krankenhaus, Schule –, die das gesamte Dasein disziplinieren.⁷ Aber man muss nicht einmal auf diese mehr oder weniger offensichtlichen Disziplinarmächte zurückgreifen, sondern kann dies auch am Beispiel des öffentlichen Strassenbaus zeigen. In Hannover etwa, wo man die Flächennutzung über einen längeren Zeitraum ermittelte, wurde Mitte des letzten Jahrhunderts jährlich ein weiteres Prozent der Innenstadtfläche in öffentliche Strassen umgewandelt. Der Anteil wuchs bis Ende der 1950er-Jahre auf 43.6 Prozent der Innenstadtfläche – mit einschneidenden Folgen nicht nur für den Verkehr, sondern auch für das Wohnen und das gesamte Leben. Man kann die moderne Stadtmaschine, die im Zusammenhang mit der Industrialisierung entstand, mit der sich im 19. Jahrhundert entwickelnden Stadttechnik, der Schaffung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen, als Schritt zur Befreiung von knechtender Arbeit verstehen. Man musste sein Wasser nicht mehr vom Brunnen holen, denn es entstanden Wasserwerke. Man musste kein Brennholz mehr schlagen, denn es gab die Gaswerke, die zu den ersten kommunalen Versorgungsbetrieben gehörten. Man musste nicht mehr zu Fuss gehen, da Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten U-Bahnen gebaut wurden, und so weiter. Gleichzeitig trugen all diese Einrichtungen dazu bei, ein Maximum an Zeit aus den Menschen herauszuholen respektive frei zu setzen. Die Solidarität etwa mit Hilfsbedürftigen, die früher im Familienverband oder in Nachbarschaften organisiert war, wurde – wo die privaten Hilfssysteme an ihre Grenzen stiessen – in öffentlichen Einrichtungen organisiert und durch Umlage finanziert. Man kann es so ausdrücken: Die Solidarität wurde von der Zeit- auf die Geldwährung umgestellt. Das hat lange einigermassen funktioniert und zur Entwicklung bis dahin ungeahnter Lebensstandards geführt wie auch zu einer enormen Ausweitung persönlicher Freiheiten.

Struktur der sozialen Spaltung

Gleichwohl hat sich diese Entwicklung sozial sehr unterschiedlich ausgewirkt. Die Freisetzung eines Maximums an Zeit war eine Bedingung

für den Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise, der industriellen Produktion, die die Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit für das Kapital verwandelte, wie Marx im ›Kapital‹ analysierte. Anders beim Bürgertum, das Zeit hinzugewinnt. Hier hilft es, auf Bourdieu zurückzugreifen, der den Begriff des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis auf alle seine Erscheinungsformen anwendet und zwischen ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital unterscheidet. Das kulturelle Kapital, um das es in diesem Zusammenhang geht, ist das Ergebnis der Akkumulation von ›Kultur‹ im Sinne von Bildung. In diesem Prozess der Akkumulation spielt die Zeit eine entscheidende Rolle: Das kulturelle Kapital, über das jemand verfügt, hängt von der Dauer seines Bildungsprozesses ab und von den Umständen, unter denen dieser Prozess stattfindet. Studien geben Aufschluss über die Bildungsarbeit, die das Bürgertum im 19. Jahrhundert vornimmt. Damals kommt die Rede auf von ›Bildung der Persönlichkeit‹. ›Kultur‹ wurde somit auch und gerade Mittel der Unterscheidung ›nach unten‹.

Alternativen zu öffentlichen Gütern

Diese Bildungsarbeit schaffte sich auch ihre öffentlichen Einrichtungen. Zu Beginn beziehungsweise Mitte des 19. Jahrhunderts war in Deutschland die allgemeine Schulpflicht durchgesetzt. Kernstück der humboldtschen Reformen war das Gymnasium als Ort der humanistischen Bildung, das heisst einer – ziemlich umfassenden – allgemeinen Menschenbildung. Das Gymnasium blieb dem Nachwuchs der herrschenden Klassen vorbehalten, während die Volksschule den ›Volksschleichen‹, die im industriellen Produktionsprozess Kenntnisse und Disziplin benötigten, Lesen, Schreiben, Rechnen, Gottesfurcht, Tugend und Zucht vermitteln sollte. Hier wurden die Grundlagen für die selektierende Funktion des öffentlichen Bildungswesens gelegt, die bis heute – trotz aller Reformen und Änderungen – fortwirken.⁸

Eine weitere selektive Dimension kommt hinzu: Das Bildungswesen ist, wie auch andere öffentliche Güter, auf Traditionen und Praktiken abgestimmt, die sich in Deutschland entwickelt haben. Es diskriminiert andere kulturellen Traditionen und Praktiken und bleibt für Menschen mit Migrationshintergrund in hohem Masse unzugänglich. Heute ist die Abhängigkeit des persönlichen Lebens von öffentlichen Gütern nicht etwa gelockert, sondern um ein Vielfaches angewachsen. Der Lebensprozess der Einzelnen ist in noch nie gekanntem Ausmass auf Daseinsvoraussetzungen, Strukturvorleistungen und Güterzuteilungen der Gesellschaft angewiesen. Die Individualisierung führt nicht einfach zu mehr Selbstständigkeit, sondern zu grösserer Abhängigkeit. Die aktuelle Forderung

nach Ganztageschulen etwa ergibt sich ja nicht aus der gewachsenen Selbstständigkeit der jungen Generation, sondern aus dem Mangel an Zeit und Vermittlungsfähigkeit der älteren Generation. Die herrschende Politik zielt in den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in denen öffentliche Güter und Leistungen von Belang sind, auf sehr verschiedene Weise darauf ab, die Wahlmöglichkeiten und Freiheiten der oberen sozialen Klassen zu erweitern. Das tut sie zu Lasten der unteren sozialen Klassen. Infolge der Privatisierung öffentlicher Güter drohen diese von Leistungen ausgeschlossen zu werden, auf die sie angewiesen sind. Ihre Freiheit wird brutal bedroht. Aber es genügt nicht, eine Kritik zu führen, die diese Bedrohung angreift. Angesichts der strukturierenden Gewalt des Angebots an öffentlichen Gütern können diese nicht umstandslos verteidigt werden, sondern die Kritik muss auf die Struktur dieses Angebots selbst zielen.

Menschliche Emanzipation nicht aus den Augen verlieren

Ein Beispiel: Die Privatisierung öffentlicher Heime beraubt ärmere Menschen des Rechts, im Zustand der Hilfsbedürftigkeit auf Grund von Alter, schwerer Krankheit oder Behinderung Hilfe zu erhalten. Die staatlichen beziehungsweise kommunalen Heime müssen Hilfsbedürftige aufnehmen, private aber nicht. Wer nicht zahlen kann, hat also das Nachsehen. Andererseits sind die Zustände in vielen dieser staatlichen Einrichtungen – Personalmangel, Qualitätsdefizite, Entrechtung – bekannt. Vor einigen Jahren hat es mit der ›Heim-Enquete‹ eine Initiative für einen gesellschaftlichen Umbau in diesem Bereich des Sozialen gegeben. Der Umbau sollte die Partizipation und Selbstbestimmung der Betroffenen unterstützen und dazu öffentliche Unterstützung bereitstellen. So sollten als Alternativen zum Heimsystem ambulante, viertelbezogene Wohngruppen errichtet werden, also das Heimsystem mit seinen Eingriffen in die Persönlichkeit der ihm Unterworfenen in der Tendenz aufgelöst werden. Die Initiative ist vorerst gescheitert, aber es gibt in verschiedenen Kommunen Bewegungen, die bisher zu vielen Hundert solcher kommunalen Wohnpflegegruppen geführt haben, welche zu erheblichen Teilen von den zu Pflegenden selbst geführt werden.

Die ›Heim-Enquete‹ wird gegenwärtig von verschiedenen Verbänden und Selbsthilfeorganisation und auch der Linksfraktion im Bundestag wieder aufgegriffen. Allgemeinrezepte gibt es jedoch nicht. Die Auseinandersetzung muss konkret geführt werden. Einmal darüber, welche Rechte und Ansprüche des Einzelnen an die Gesellschaft im Konkreten unverzichtbar sind. Zum anderen darüber, wie die öffentlichen Güter

beschaffen sein müssen, damit die Menschen, die sie in Anspruch nehmen und nehmen müssen, nicht Objekte sind, die sich an vorgegebene staatliche Regeln anzupassen haben und fremdbestimmten Bedingungen unterworfen werden, sondern Subjekte, die mit anderen Subjekten kooperieren.

Anmerkungen

- 1 Der hier leicht bearbeitete Beitrag ist zuerst in der Zeitschrift *analyse & kritik* (www.ak-web.de) Nr. 508 vom 18. August 2006 erschienen.
- 2 Von freien Gütern unterscheiden sich öffentliche Güter dadurch, dass sie bereitgestellt werden müssen. Ihre Bereitstellung verursacht Kosten, die im Wesentlichen durch Umlage aufgebracht werden.
- 3 Bourdieu, Pierre (1982). *Die feinen Unterschiede. Die Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.
- 4 Zum Beispiel Öffnung des sozialen Raumes, Änderung der Berufsstruktur, Beginn der Bildungsreform, Zunahme der Abiturienten und Studierenden – auch aus zuvor bildungsfernen Schichten, Anwachsen der Frauenerwerbstätigkeit usw.
- 5 Hier heisst das Stichwort ›falsche Bedürfnisse‹, wie es unter anderen Herbert Marcuse in ›Der eindimensionale Mensch‹ thematisierte.
- 6 Foucault, Michel (1994). *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a.M.
- 7 Zum Beispiel in der Schule: Einteilung in Klassen, Überwachung durch den hierarchischen Blick des Lehrers, normierende Sanktion, Benotung, Prüfung.
- 8 Vgl. dazu den Beitrag von Torsten Bultmann im Schwerpunkt zum Thema Privatisierung in der Zeitschrift *analyse & kritik* Nr. 507.